Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 1

Artikel: Der rote Wahlsieg in Basel
Autor: Schneider, Friedrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332414

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verhältnissen, die in blutige Kriege zwischen den Orten ausarteten, die Eidgenossenschaft nicht vollständig auseinanderfiel . . .«

So grausam und unerbittlich rechnet ein konservativer Historiker (nicht ein Poet wie Gonzague de Reynold) eben in diesen Tagen mit dessen aristokratischen Chimären ab! Mag die Reaktion der Fronten den reaktionären Charakter der ganzen Bewegung noch so sehr bestreiten, wie die Restauration von einst es getan hat, so ist damit über den geschichtlichen Sachverhalt gar nichts ausgesagt. Worauf es ankommt, das ist die Bedeutung einer Zeiterscheinung im geschichtlichen Gesamtprozeß. Wer seine Ziele in der Vergangenheit sucht, der will offenbar rückwärtskrebsen. Auch wenn dem Krebs seine Rückwärtsbewegung stets als die einzig mögliche Art des Vorwärtskommens und Fortschreitens erscheinen mag, erwächst uns um so mehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in den großen Volksmassen keine Täuschung über die Vorwärts- oder Rückwärtsrichtung der frontistisch-aristokratischen Reaktion aufkommen kann. Man möge sich dessen gerade in diesem Herbst 1935 mit seinem enggeschlossenen Zusammenmarschieren der konservativen, der aristokratischen und der frontistischen Totalrevisionisten deutlich bewußt sein.

Der rote Wahlsieg in Basel

Von Friedrich Schneider

Basel ist eine ausgesprochene Industrie- und Handelsstadt. Das kommt besonders deutlich auch in der *Struktur der Bevölkerung* zum Ausdruck. Nach der Volkszählung 1930 gab es im ganzen 81,596 Erwerbstätige, 56,5% der Gesamtbevölkerung. Davon waren 51,136 männlichen und 30,460 weiblichen Geschlechtes. Interessant ist ein Ueberblick über die Stellung der Erwerbstätigen in ihrem Berufe. Es wurden 10,440 Selbständige, 3506 Leitende, 20,004 Angestellte, 39,108 *Arbeiter* inklusive Lehrlinge und 8538 Dienstboten gezählt. *Den 13,946 Selbständigen und Leitenden stehen also 67,650 Unselbständige gegenüber.* Wenn in Betracht gezogen wird, daß davon nahezu 40,000 als Arbeiter tätig waren, so darf der objektiv gute Boden für eine starke Arbeiterbewegung festgestellt werden. Tatsächlich weist Basel auch die ersten Anfänge der proletarischen Befreiungsbewegung in der Schweiz auf. Die Arbeiterorganisationen erhielten schon früh eine relative Stärke, mit der das Unternehmertum zu rechnen hatte. Der politische Einfluß machte sich noch fühlbarer. Das geht aus den Wahlzahlen deutlich hervor.

Schon im Jahre 1905 fielen der Sozialdemokratie 28,2 Prozent der eingelegten Listen zu. Ihr Anteil stieg von Wahl zu Wahl. Sie erhielt 1908 30,8, 1911 32,8, 1914 32,4, 1917 42,1 und 1920 44,8 Prozent der Stimmen. Damit hatte sie ihren *Höhepunkt* einstweilen erreicht. Die Spaltung drängte ihren Einfluß zurück. Nach der kommunistischen Absplitterung fanden erstmals die Großratswahlen im Jahre 1923 statt.

Der sozialdemokratische Stimmenanteil fiel auf 32,5 Prozent herunter. Die Kommunisten erhielten 12,1 Prozent. Beide Parteien zusammen verloren gegenüber 1920 einige Punkte. Basels Arbeiterschaft weist einen konservativen Zug auf. Die Ausscheidung zwischen den beiden Arbeiterparteien war im Jahre 1923 nicht endgültig. Die Kommunisten wußten damals noch nicht recht, ob sie sich des Parlamentarismus als Kampfmittel bedienen sollten oder nicht. Sie hatten sich zwar an den Wahlen beteiligt. Der *antiparlamentarische Einfluß* war aber so stark, daß der Kampf lax geführt wurde. Dazu kam, daß 1923 der Wahlkampf eine besondere Note und Schärfe durch den bürgerlichen Sprengungsversuch gegenüber dem Schreibenden als Regierungsmitglied erhielt. Der dadurch hervorgerufene heftige Kampf endete zwar mit dem Verlust eines Regierungssitzes. Er begünstigte aber ganz offensichtlich die sozialdemokratische *Großratswahlliste*. Im Laufe der Jahre konsolidierte sich die Kommunistische Partei als parlamentarische Partei. Sie suchte soviel Stimmen und Mandate zu erhalten, als nur irgend möglich war. Je weniger revolutionäre Kampfmittel in Frage kamen, um so energischer trieb sie *Wahlpolitik*. Die Sozialdemokratie ließ sich anfangs allzu stark in die Verteidigung drängen. Der Zweifrontenkrieg ist an und für sich schwer. Er wurde noch mehr durch eine gewisse Unsicherheit erschwert, in welcher Richtung der Hauptstoß zu führen sei. Man kam in eine resignierte Stimmung hinein, getraute sich meist nicht, den bürgerlichen Gegner anzugreifen, sondern beschränkte sich auf die Verteidigung des Besitzstandes.

Das zeigte sich denn auch in den Wahlergebnissen. Wies die Sozialdemokratie 1923 noch 32,5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf, so erhielt sie 1926 noch 30,2, 1929 25,7 und 1932 29,4 Prozent. Diese Zahlen sprechen deutlich. Schon 1929 forderte eine Gruppe Parteigenossen den *Kampf* bei den Regierungsratswahlen. Die Mehrheit portierte aber nur die beiden bisherigen Vertreter in der Regierung (das 1923 verlorengegangene Mandat war inzwischen wieder zurückgewonnen worden). Da Basel keinen Stimmzwang kennt, so ist eine erhebliche Stimmbeteiligung nur zu erzielen, *wenn es zu einem lebhaften Wahlkampf kommt*. Wenn aber nur Listen und nur mittelbar Personen im Kampfe stehen, so läßt sich der Basler Wähler meist nicht in seiner Ruhe stören. Je tiefer die soziale Stellung des Wählers ist, um so ruhebedürftiger scheint er zu sein. Es ist auf sozialdemokratische Anregung hin eine Erhebung über die Wahlabstinenten gemacht worden. Die privatim längst gemachte Beobachtung wurde amtlich bestätigt: *Die Wahlbeteiligung ist in den Arbeiterschichten am allerschlechtesten!* Die nachfolgenden Zahlen illustrieren das in interessanter Weise. An den Wahlen im Jahre 1932 beteiligten sich die *Großunternehmer* der Industrie zu 92,2, die *Selbständigen* in freien Berufen zu 84,9, die mittleren und kleineren *selbständig Erwerbenden* in Industrie und Handwerk zu 71,4, im Handel zu 67, die höheren kaufmännischen Angestellten zu 80, die übrigen *kaufmännischen Angestellten* zu 68,2, die *gelernten Arbeiter* in der Privatwirtschaft zu 59,9, die *ungelernten Arbeiter* in der Privatwirtschaft gar nur zu 52,2 Prozent. Am allermeisten säumige

Wahlberechtigte weisen die unselbständigen Arbeiter in den Privatbetrieben im Alter von 20 bis 30 Jahren auf.

Aus diesen Zahlen geht mit der größten Deutlichkeit hervor, daß nicht das Bürgertum klassenmäßig zu ihm gehörende Reserven zu mobilisieren hat. Dagegen hat diese Erhebung ergeben, daß für die Arbeiterparteien noch ein gewaltiges *Wählerreservoir* vorhanden ist. Es mußte deswegen die Sorge jeder Parteileitung sein, *wie* diese Reserven zu mobilisieren seien. Diese Sorge mußte um so größer sein, als sich im Jahre 1932 zeigte, daß die beiden Arbeiterparteien nur 44,4 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten. Erlitt früher die Sozialdemokratie Verluste, so war es jetzt die KP., deren Anteil von 19,7 im Jahre 1929 auf 15 Prozent bei der Wahl von 1932 sank. Wahlpolitisch gesehen, kam die Arbeiterbewegung im Verhältnis zu den kapitalistischen Parteien *nicht* vom Fleck. Inzwischen hatte sich die Krise verschärft. Dieser Umstand durfte bei den Wahlen 1935 in Rechnung gestellt werden. Man konnte annehmen, daß die Bedrohung der Existenz vieler Wähler eine *Linksentwicklung* herbeiführen werde. Das war aber nur zu erwarten, wenn es gelang, durch die sozialdemokratische Taktik die Massen zu mobilisieren. Schon mehr als ein Jahr vor den Wahlen kam es in der Partei zu scharfen Auseinandersetzungen, die ihrem Wesen und Inhalt nach in der Frage gipfelten: *soll die alte reformistische Politik weiter betrieben werden oder soll nicht vielmehr eine neue, angriffige, aufs Ganze gehende Politik die Masse mobilisieren?* Um dieses Ziel zu erreichen, waren einfache und klare, an die Nöte des arbeitenden Volkes anknüpfende Losungen notwendig, Losungen, die auch den unsicher gewordenen kommunistischen Arbeiter für die Sozialdemokratie einzunehmen vermögen. Vor allem aber schienen Vorbereitungen zur Erfassung jener indifferenten Massen nötig zu sein, die bisher nicht an die Urnen gebracht werden konnten.

Die Partei war sich durchaus in der Ueberlegung einig, daß *nicht* unerfüllbare Losungen ausgegeben werden durften. Versprechungen müssen im Falle des Erfolges gehalten werden können, soll nicht ein großer *Vertrauensschwund* eintreten. Die Partei gab sich ein Aktionsprogramm, das als Wahlplattform zu dienen hatte. Es wurde in der Parteiversammlung einstimmig beschlossen, hatte also die Zustimmung der ganzen Partei. Da es inzwischen Regierungsprogramm geworden ist, so sei es im Wortlaut wiedergegeben:

»*Für Volk und Kanton Basel-Stadt. Aktions-Programm der baselstädtischen Sozialdemokratie.*

Im Kanton Basel-Stadt sind am 23. und 24. März 1935 die politischen Behörden zu bestellen. Die Aktion des arbeitenden Volkes hat eine neue *Mehrheitsbildung* zum Ziel. Das werktätige Volk muß im Großen Rat und in der Regierung den maßgebenden Einfluß erlangen. Das ist notwendig, um seine Lebensbedingungen zu erhalten und zu verbessern. Die neue Mehrheit hat folgendes *politisches und wirtschaftliches Ziel:* Erhaltung der politischen *Selbstverwaltung* des Volkes im Rahmen einer freien Eidgenossenschaft. Sie ist durch die

Zentralstelle für soziale Literatur Zürich

Sicherung einer gerechten und auskömmlichen *Existenz* für jeden Volksgenossen zu untermauern. Das bedingt die Heranziehung des einzelnen zur Tragung der Lasten nach Maßgabe seiner *wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.* Die soziale Spannung ist durch den Abbau bei den besitzenden Schichten und durch die Hebung der Existenzbedingungen des arbeitenden Volkes zu mildern.

Die neue Mehrheit erreicht den Zweck durch folgende Mittel:

1. *Sicherung der Volksrechte,* vor allem der Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen behördliche und private Uebergriffe. Bekämpfung jeder Art *faschistischer Organisationen.*
2. *Arbeitsbeschaffung* durch die bauliche Sanierung der *Innerstadt* und den Ersatz der Altwohnungen. Die Mittel zur Deckung der Kosten und ihrer Amortisation sind durch eine *Prämienanleihe* mit langer Laufzeit und niedriger Verzinsung aufzubringen.

   Bau des Spitals, suburbanen Sanatoriums, des Universitäts-Kollegiengebäudes, der Gewerbeschule und der notwendigen anderen Schulhäuser. Fertigstellung des Stadions St. Jakob. Erstellung neuer Brücken.
3. *Verkürzung der Arbeitszeit* in der Industrie durch Verständigung mit den in Frage kommenden Organisationen und Kantonen und in Handel und Gewerbe mittelst einer Aenderung des kantonalen Arbeitszeitgesetzes.

   Förderung der Freizeitbeschäftigung (Unterstützung der Pflanzlandbewegung und des Sportes).
4. *Erhaltung der Löhne.*
5. *Erhaltung der Errungenschaften des Schulgesetzes.* Erleichterung der Nachschulbildung durch finanzielle und organisatorische Maßnahmen. Ausbau und Vermehrung der Vorlehrklassen und des hauswirtschaftlichen Unterrichtes.
6. *Erhaltung der Leistungen für die Arbeitslosen.* Vermehrung und Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche. Ablehnung jedes Abbaues der Arbeitslosenversicherung und der Notunterstützung.
7. *Schutz der Alten* vor Not durch die Altersversicherung und die Altersfürsorge.
8. *Unterstützung der Witwen und Waisen* durch die Hinterlassenenversicherung. Das heißt in beiden Fällen: Kampf gegen *jeden* Verschlechterungsversuch!
9. *Schaffung der Mutterschaftsfürsorge.*
10. *Schutz der Kranken* durch den Kampf gegen jede Verschlechterung und für den Ausbau der Krankenpflegeversicherung und des Krankengeldwesens.
11. *Reorganisation der Gerichte und der Verwaltung* im Sinne der Vereinfachung.
12. *Vermehrung der Einahmen* durch eine verschärfte Steuerkontrolle der Freierwerbenden und Besitzenden. Erhöhung der Maximalansätze der *Erbschaftssteuer.* Einführung einer beson-

ren *Sozialsteuer* auf hohen Einkommen und Vermögen. *Schenkungssteuer.* Stärkere *Heranziehung* der Erträgnisse der Kantonalbank und der industriellen Werke für die allgemeinen Staatsaufgaben.«

Wie in der Einleitung gesagt wird, hatte »die Aktion des arbeitenden Volkes eine neue *Mehrheitsbildung* zum Ziel«. Es mußte der Sozialdemokratie darauf ankommen, ihrem Aktionsprogramm eine *parlamentarische Mehrheit* zu verschaffen, der eine entsprechende *Mehrheit in der Regierung* zur Seite zu stehen habe. Angesichts der ernsten Lage, die politisch und wirtschaftlich voller Gefahren ist, war ein Teil der Partei und ihrer Leitung der Auffassung, daß jene Parteien, die nach der sozialen Stellung ihrer Anhänger dafür in Betracht kommen, für das Aktionsprogramm gewonnen werden sollten. Daß nachher eine enge Zusammenarbeit bei den Wahlen die Folge gewesen wäre, versteht sich von selbst. Ohne sich über das *Ergebnis* Illusionen zu machen, glaubten diese Parteigenossen einen derartigen Schritt tun zu müssen. Selbst wenn ein Ergebnis nicht zu erzielen war, mußte die taktische Stellung der Sozialdemokratie, die dann wieder freie Hand bekam, *erheblich gestärkt werden.* In jedem Falle war das Ziel eine neue Mehrheit in Regierung und Großem Rat, die bereit ist, das sozialdemokratische Aktionsprogramm zu verwirklichen. In der Folge stand in der Partei die Frage zur Beratung, ob an die Radikaldemokratische Partei, die zumeist aus Angestellten besteht, und an die KP. das Angebot der *Listenverbindung* und einer *gemeinsamen Regierungsliste* auf Grund des erwähnten Aktionsprogrammes zu machen sei. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß nur eine Abmachung zu dritt in Frage kommen könne. Nach eingehender Beratung lehnte die Parteiversammlung einen solchen Schritt ab. Die Motive der Mehrheit waren nicht einheitlich. Die einen wollten von einem Angebot an die Radikalen nichts wissen. Sie befürworteten die Listenverbindung mit den *Kommunisten.* Den anderen graute vor den Kommunisten, mit den Radikalen wären sie schon ins »Geschäft« gegangen. Wieder andere lehnten den Schritt ab, weil sie seine *Ergebnislosigkeit* vorauszusehen glaubten, ohne zu bedenken, daß auch in diesem Falle die eigene Partei einen Prestigezuwachs erhalten mußte, wenn sie dann selbst die richtigen Schlüsse aus der gegebenen Lage zu ziehen verstände. Schließlich wollte ein Teil nach alter Väter Sitte das Wahlgeschäft durchführen: sich mit dem Besitzstand in der Regierung abfinden und unabhängig schlecht und recht für die sozialdemokratische Großratsliste eintreten. Der erste taktische Vorstoß jener Gruppe, die eine neue aktive, scharf gegen die *Machtstellung des Bürgertums* gerichtete Politik forderte, wobei die Sozialdemokratie führend an der Spitze des arbeitenden Volkes marschieren sollte, war also gescheitert. Es war vorauszusehen, daß sie sich damit nicht abfinden werde. Sie beabsichtigte unter allen Umständen die Partei vor die Frage zu stellen, ob nun nicht statt der bisherigen Zweiervertretung die *Mehrheit* in der Regierung von Partei wegen beansprucht werden müsse. Die Begründung für den Versuch, die

Mehrheit in der Regierung zu erobern, liegt auf der Hand. Als Minderheit in Parlament und Regierung ist das Aktionsprogramm, das von den Massen freudig begrüßt worden war, nicht durchzuführen. *Wem es also mit dem Aktionsprogramm ernst war, mußte die Mehrheit anstreben.* Der Weg der Listenverbindung und der gemeinsamen Regierungsliste mit benachbarten Parteien war verstellt. Sollte also die Sozialdemokratie die Chance, die ihr geboten war, nicht benützen? Sollte sie die Erwartungen breiter Volksmassen enttäuschen?

Wäre nicht ein Ereignis unerwartet eingetreten, hätte wohl die Mehrheit der Partei die kühne Politik abgelehnt. Wie bekannt, wurde der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Genosse Dr. *Hauser*, in der Oeffentlichkeit scharf angegriffen. Es war ein wahltaktischer Ueberfall im moralischen Mäntelchen, der eine *Schmälerung* der sozialdemokratischen Vertretung in der Regierung zugunsten der Radikaldemokraten zum Ziele hatte. Die Radikaldemokratische Partei ist die größte bürgerliche Partei. Es wurmte sie längst, daß sie als einstige Mehrheitspartei nur über einen Sitz in der Regierung verfügte. Sie glaubte ihren Wunsch nach einer stärkeren Vertretung glatt verwirklichen zu können, wenn Dr. Hauser zum Rücktritt gezwungen werde, womit auch der Sozialdemokratie ein Schlag versetzt worden wäre. Es wurde ein wahres Trommelfeuer eröffnet, das seine Wirkung bis in die sozialdemokratischen Reihen ausübte. Die Führung hatten die »Basler Nachrichten«, die faschistische »Neue Basler Zeitung« strotzte von Gemeinheit. Die Parteileitung unterlag dieser Stimmungsmache *nicht*. Sie prüfte die Vorwürfe gegen den Genossen Hauser, verurteilte gewisse Handlungen, stellte aber fest, daß Ehrenrühriges gegen ihn nicht vorliege, brandmarkte die bürgerliche Hetze als einen Versuch, die Arbeitervertretung in der Regierung zu schmälern und stellte die Forderung nach einer *Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses* in der Exekutive auf. Diese entschlossene und angriffige Haltung, die nicht einstimmig zustande kam, löste die beste Wirkung aus. Die politische Oeffentlichkeit war überrascht, die bürgerliche Presse tobte, die Sozialdemokratie war eine geschlossene, kampfgewillte Armee, die jeden Angriff abschlug und selbst zur Offensive überging. Die *Kampfesstimmung* wuchs! Als die Verstärkung der Vertretung in der Regierung gefordert wurde, ließ man die Frage noch offen, ob eine Dreier- oder eine Viererliste aufzustellen sei. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine *Viererliste* beschlossen und damit der Anspruch auf die Regierungsmehrheit erhoben. Was unter »normalen« Verhältnissen schwer zur Annahme zu bringen gewesen wäre, ging nun ziemlich glatt durch. Dieser Beschluß wirkte sensationell. Die Bürgerlichen betrachteten ihn als Verlegenheitsprodukt, weil *sie* des Sieges sicher waren. Sie erkannten nicht, daß er dem *Willen der aktiven Sozialdemokraten* entsprach, die schon seit Jahren in dieser Richtung arbeiteten. Es entging ihnen, daß darüber hinaus große Kreise des arbeitenden Volkes in ihm einen Lichtblick sahen. Die taktische und strategische Lage hatte sich von Grund auf verändert. Das trat vor allem in der Haltung der KP. in Erscheinung. Hatte sie durch ihre Abstinenz 1923 die Wegwahl

eines sozialdemokratischen Regierungsrates verschuldet, so befolgte sie auch in späteren Jahren mit mehr Recht die Taktik des *Leereinlegens.* Nun standen plötzlich ihre eigenen Argumente gegen sie auf. Der Kampf ging um die Mehrheit in der Regierung. Leereinlegen würde die Reaktion begünstigt haben. Unterstützung der sozialdemokratischen Viererliste auf der nach kommunistischem Sprachgebrauch vier in der Wolle gefärbte »Reformisten« standen, mußte ihnen wie Rizinusöl schmecken. Die KP. versuchte Sozialdemokratie und Regierungskandidaten zu *Zugeständnissen* zu veranlassen. Sie stellte Bedingungen auf, denen sich die Kandidaten unterziehen sollten. Von ihr wurden Einladungen an unsere Genossen erlassen, in kommunistischen Versammlungen zu erscheinen. Die Parteileitung lehnte alle diese Zumutungen ab. Sie erklärte, *daß die sozialdemokratischen Kandidaten auf das Aktionsprogramm verpflichtet seien.* Das genüge! Eine Verpflichtung anderen Parteien gegenüber wurde abgelehnt. Schließlich mußte die KP. in letzter Stunde bedingungslos die Parole *für* die sozialdemokratische Regierungsliste ausgeben. Ihre Manöver haben mit anderen Tatsachen bewirkt, daß sie als Partei bei den Großratswahlen schlecht abgeschnitten hat.

Die Kühnheit der sozialdemokratischen Taktik wurde belohnt. Das Ergebnis der Großratswahlen war ein ausgesprochener *Wahlsieg der Sozialdemokratie.* Sie eroberte 8 neue Mandate und steigerte damit ihre Vertreterzahl im Großen Rate von 38 auf 46. Die Wahlen ergaben folgende Parteistärken: Radikale 4921 (4577) 15,1%; Nationale Volkspartei 2618 (2732) 8%; Liberale 3871 (3115) 11,9%; Evangelische 912 (797) 2,8%; Sozialdemokraten 10,452 (7646) 32%; Kommunisten 4294 (3925) 13,1%; Katholiken 3372 (2993) 10,6%; Freiwirtschaft 941 2,9%; Grütlianer 174 0,5%.

Dazu kommen noch die Stimmen aus den beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen, die aber das Verhältnis der Parteien zueinander nicht ändern. Der scharfe Kampf um die Regierung ließ die Beteiligung von 65,3 Prozent im Jahre 1932 auf 72,1 Prozent ansteigen. Es zeigte sich, daß der Sozialdemokratie die Mobilisierung eines Teils der Wahlabstinenten gelungen war. Trotz den Verlusten der KP. steigerte sich der Prozentsatz der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen von 43,9 auf 45,1 Prozent. Die Mehrheit wurde also noch nicht erreicht. Indes ergab die Wahl je 62 bürgerliche und sozialdemokratisch-kommunistische Mandate. Inzwischen haben sich die 3 Evangelischen zum Bürgerblock und die 3 Freiwirtschafter zum Linksblock geschlagen, so daß das tatsächliche *Kräfteverhältnis* 65 : 65 ist. In die Augen springend war auch der Erfolg bei den *Regierungsratswahlen.* Die Genossen *Wenk* und *Hauser* wurden im ersten Wahlgang mit 19,542 bzw. 18,163 Stimmen gewählt. Von den Bürgerlichen fand lediglich der Radikale Dr. *Zweifel* mit 17,308 Stimmen *Gnade.* Die anderen Bürgerlichen, vor allem auch der reaktionäre Polizeigewaltige Dr. *Ludwig,* das sichtbare Haupt der Reaktion, waren nicht gewählt. Die beiden anderen Sozialdemokraten kamen in aussichtsreiche Stichwahl. Genosse Dr. *Ebi* bekam 16,898 und Genosse *Brechbühl* 16,248

Stimmen. Ein Teil der bürgerlichen Kandidaten und bisheriger Regierungsräte blieb hinter ihnen zurück. Der zweite Wahlgang, der am 7. April stattfand, vollendete den *Erfolg der Arbeiterschaft.* Ebi und Brechbühl wurden gewählt, der Katholik Dr. Niederhauser blieb auf der Strecke und die Nationale Volkspartei verlor ihre bisherige Vertretung.

Die Ursachen dieses erfreulichen Erfolges? Sie sind in der *Einigkeit der Arbeiterschaft,* die begeisternd wirkte, in der *Unzufriedenheit* mit der sterilen bürgerlichen Politik, der diktatorischen Allüren Ludwigs und im Vertrauen erweckenden *sozialdemokratischen Aktionsprogramm* zu suchen. Das Zusammenspannen der Sozialdemokratie und der KP. weckte *Energien,* die früher brach lagen. Es entsprach einem Bedürfnis der Massen. Das Gefühl der proletarischen Zusammengehörigkeit wurde noch durch die restlose *Disziplin* der kommunistischen Wähler vertieft. Sie sind marschiert und haben ohne Ausnahme ihre Stimme den sozialdemokratischen Kandidaten gegeben. Das alles ist so erfreulich wie der Wahlsieg selbst, denn es eröffnet Perspektiven der Zusammenarbeit und der Konzentration der proletarischen Kräfte, die von großer Bedeutung werden können. Es ist denn auch im neugewählten Großen Rat sofort zu einer *Arbeitsgemeinschaft* zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Freiwirtschaftern gekommen, die sich bisher bewährte und von Dauer sein dürfte. Aber auch außerhalb des Parlamentes ist das Verhältnis zwischen SP. und KP. ein anderes, besseres geworden. Der 1. Mai wurde gemeinsam gefeiert, bei dieser und jener Frage haben Fühlungnahmen stattgefunden. Der Kampf in der Arbeiterpresse wird sachlich geführt. Von einigen Entgleisungen abgesehen, bemüht sich auch der »Basler Vorwärts«, der Sozialdemokratie gerecht zu werden. Diese Zusammenarbeit gefällt nicht allen Parteimitgliedern. Die Partei steht aber in ihrer großen Mehrheit auf dem Boden dieser Politik, während sich der Arbeiterbund ablehnend verhält. Das ist bedauerlich, darf aber die Sozialdemokratie nicht zum Verlassen ihres Kurses bewegen. Sie hat sich damit das Zutrauen der Massen erworben, das sie sich erhalten muß, soll die rote Regierung nicht nur eine *Episode* sein. Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft ist aber vor allem zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Aktionsprogramms notwendig, das sich die Kommunisten zu eigen machten und auf das sich die sozialdemokratische Regierungsmehrheit in einer Proklamation bei ihrem Amtsantritt verpflichtete. Die *Politik der proletarischen Sammlung* unter der Fahne der Sozialdemokratie hat zum Erfolg geführt. Die Aenderung des Verhältnisses zu den Kommunisten hat auch in Kreisen günstig gewirkt, die eher als bürgerlich anzusehen sind. Es ist nicht eingetreten, was viele befürchteten und andere sehnlichst wünschten: *Die Werbekraft der Sozialdemokratie ist durch das Zusammengehen mit den Kommunisten nicht gesunken, sondern gesteigert worden.* Der Gedanke der Einheit und der Zusammengehörigkeit aller Schichten des arbeitenden Volkes ist so stark, daß er alles überwindet und jene beiseite schiebt, die sich ihm widersetzen. Der Sozialdemokratie ist durch ihren Wahlsieg eine schwere Aufgabe

erwachsen, die sie nur im Einvernehmen mit der sozialistischen Arbeiterschaft und in der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu lösen vermag. Die Basler Kommunisten haben bewiesen, daß sie bündnisfähig sind. Es wird infolge tiefgehender Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien auch in Zukunft zu Reibungen kommen. Beide aber haben das größte Interesse, daß der sozialdemokratische Wahlsieg nicht nachträglich in einen Erfolg des Bürgertums umschlägt. Und für beide ist das *Wohl des arbeitenden Volkes* maßgebend, das nicht durch die Spaltung, sondern nur mittels der *Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung* gewahrt werden kann. Wenn auch eine Liquidation der KP. in nächster Zukunft nicht zu erwarten ist, so hat der prächtige Wahlkampf und sein Erfolg den Boden für die organisatorische Einigung der Arbeiterklasse vorbereitet und damit jene Anziehungskraft geschaffen, die notwendig ist, um andere notleidende Schichten (Angestellte, Handwerker, Mittelständer usw.) unter dem Banner des Antikapitalismus und des *Sozialismus* zu mobilisieren.

Preßfreiheit oder Lügefreiheit?

Von Dr. Ludwig Frank

Während des Kampfes um die Abstimmung vom 24. Februar 1935 über die Militärvorlage ging durch einen Teil der bürgerlichen Presse die Nachricht, Sowjetrußland oder die Kommunistische Internationale habe einen größeren Beitrag an die Kosten der Bekämpfung der Vorlage gespendet. Wenn wir uns recht erinnern, wurde der Betrag von 200,000 Franken genannt.

Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß der Urheber dieser Nachricht seine Behauptung frei erfunden hat, daß er also nicht einmal irgendeine Tatsache angeben könnte, die ihn durch irgendwelche falschen Schlüsse oder Mutmaßungen hätte veranlassen können, diese Behauptung wenigstens für möglich zu halten. Anderseits ist auch daran nicht zu zweifeln, daß diese Meldung von manchen Zeitungslesern geglaubt worden ist und daß sie, wenn auch nicht das Endergebnis der Abstimmung, so doch die Stimmenzahlen beeinflußt hat.

Der Fall ist nur ein besonders krasses Musterbeispiel dafür, was bei uns auf dem Gebiete des Volksbetruges durch die Presse möglich ist. Tatsächlich kommen gleichartige Dinge sozusagen täglich vor, und wir sind dermaßen daran gewöhnt, daß uns kaum der Gedanke aufsteigt, wieviel Unheil diese wilde Form von Preßfreiheit schon angerichtet hat, die unter Umständen geradezu die Demokratie gefährden kann. Auch ist das Streben nach Abhilfe gehemmt durch die Befürchtung, daß allfällige Abhilfemaßnahmen sofort mißbraucht werden, um begründete und berechtigte Aeußerungen einer den Beherrschern von Wirtschaft und Staat mißliebigen Partei (und die sind in der Hauptsache wir) zu unterdrücken. Trotzdem müssen wir uns die Frage einmal überlegen, denn so wie bisher kann es nicht mehr lange weiter-